

1. Juni 2018

Europäische Kommission veröffentlicht Vorschläge zur GAP nach 2020

**Agrarkommissar Hogan stellt Bericht für die Agrarpolitik 2021-2027 vor /
Parlament fordert Entbürokratisierung und Stärkung kleiner Familienbetriebe**

Brüssel. Die Europäische Kommission hat heute ihre Vorschläge zur Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 vorgestellt. Der baden-württembergische Europaabgeordnete Norbert Lins sieht manche Punkte darin kritisch für die hiesige Landwirtschaft und die Wettbewerbsbedingungen in Europa.

Den „Werkzeugkasten“, welcher den Mitgliedstaaten Befugnisse geben soll, stärker auf regionale Besonderheiten einzugehen, bewertet Lins sehr vorsichtig: „Der Ansatz der Kommission ist verständlich, nur muss man hier sehr genau aufpassen, in welche Richtung sich dies entwickeln kann. Die europäische Agrarpolitik trägt nicht von ungefähr das ‚gemeinsam‘ im Namen. Wir haben bisher schon regionale Besonderheiten zugelassen, aber innerhalb eines klar festgelegten europäischen Rahmens. Dieser Werkzeugkasten kann eine Renationalisierung der GAP zur Folge haben. Dies gilt es zu verhindern! Damit ebnen wir den Weg zu einer Wettbewerbsverzerrung, wie sie heute schon teilweise mit den gekoppelten Zahlungen vorherrscht. Dann macht jeder Mitgliedstaat gerade das, was er für richtig hält. Dies kann nicht Ziel und Zweck der GAP sein!“

Lins begrüßt die Beibehaltung der bisherigen Zwei-Säulen-Struktur ausdrücklich. „Die Direktzahlungen aus der ersten Säule sind keine Geschenke an unsere europäischen Landwirte, sondern Ausgleich für die höheren Standards, welche sie im weltweiten Vergleich einhalten müssen, um hochqualitative Lebensmittel zu produzieren.“

Ebenso ist Lins die Vermischung von Agrarumweltmaßnahmen in erster und zweiter Säule ein Dorn im Auge. „Wenn wir endlich eine vereinfachte und entbürokratisierte Agrarpolitik wollen, müssen wir die zwei Säulen einfacher aufteilen. Die erste Säule für Direktzahlungen, die zweite Säule für Agrarumweltmaßnahmen. Dann hätte Kommissar Hogan auch bis zu 50% europaweit verpflichtende Agrarumweltmaßnahmen in der zweiten Säule fordern können und nicht nur die von ihm vorgeschlagenen 30%. Entbürokratisierung sieht anders aus!“, kommentiert das EP-Agrarausschuss-Mitglied Lins die heutigen Kommissionsvorschläge. „Geltende Agrar-Umweltauflagen und -programme sollten zusammengefasst und vor allem klarer ausgestaltet sein. Wenige, aber dafür klare Auflagen bringen mehr, schaffen weniger Bürokratie und sind leichter kontrollierbar!“

Am Mittwoch hatte das Europäische Parlament zu dem Thema über einen sogenannten Initiativbericht abgestimmt. Darin fordert es die Stärkung der familiengeführten Betriebe und eine Vereinfachung der gesamten Agrarpolitik. Die Direktzahlungen sollen hierbei auch mit einer Degression und Kappung versehen werden, dies hat die Kommission heute ebenso vorgeschlagen: „Für unsere Landwirtschaft in Baden-Württemberg ist die Erweiterung der momentan schon existierenden Anreicherung der ersten Hektare das bessere Modell. Sollte es zu einer Kappung kommen, werden manche Betriebe Wege finden, diese z.B. durch Aufteilung ihrer Betriebe zu umgehen,“ befürchtet der CDU-Europaabgeordnete.

Abschließend ist auch der Blick auf die finanzielle Ausstattung für das Agrarbudget nach 2020 wichtig. „Auch wenn wir in unserer Resolution fordern, das momentane Agrarbudget zu halten, wird die durch den Brexit verursachte Haushaltskürzung auch vor der GAP nicht Halt machen. Die Agrarpolitik kann

die anvisierten Ziele aber nur erreichen, wenn sie über ausreichend finanzielle Mittel verfügt. Dies ist auch Haushaltskommissar Günther Oettinger bewusst,“ erläutert Lins.

Die heutigen Legislativvorschläge der EU-Kommission werden in den nächsten Monaten im Europäischen Parlament bearbeitet werden. Dann sollen die am Mittwoch vom Parlament beschlossenen Grundsätze in den Gesetzestext einfließen. Die Reform der GAP für die Zeit nach 2020 hängt eng zusammen mit der Debatte zum mehrjährigen EU-Finanzrahmen und wird gemeinsam von Parlament und Ministerrat beschlossen.

Für weitere Informationen:

Büro Norbert Lins MdEP: +32-228-37819